Alles, was Recht ist

VOLL VERSCHWIEGEN

Zahnärzte unterliegen der Schweigepflicht. Das ist klar. Ebenso klar sollte es allerdings auch Mitarbeitern der Praxis sein, dass sie über die Dinge und Daten, die ihnen dort zu Ohren kommen, Dritten gegenüber nicht reden – oder diese gar weiterleiten – dürfen. Einer Arzthelferin in einer radiologischen Praxis war das offensichtlich nicht bewusst, obwohl sie mit dem Arbeitsvertrag sogar eine Verschwiegenheitserklärung unterschrieben hatte. Die medizinische Fachangestellte jedenfalls schickte nach einer Terminabsage einer Patientin ihrer Tochter ein Foto der Patientenakte und kommentierte dies mit „Mal sehen, was die schon wieder hat“. Die Tochter zeigte das Foto im Sportverein herum, was wiederum der Vater der Patientin mitbekam und sich in der Praxis beschwerte. Der Radiologe kündigte seiner Mitarbeiterin fristlos. Die Mitarbeiterin klagte und war der Meinung, eine Abmahnung hätte völlig genügt. Das sah das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg allerdings anders: Aufgrund des Verhaltens der Mitarbeiterin sei es der Arztpraxis nicht zumutbar gewesen, das Arbeitsverhältnis aufrechtzuerhalten. Die Weitergabe von Patientendaten sei ein wichtiger Grund für eine außerordentliche Kündigung.

Az. 12 Sa 22/16

SAS

SCHRÄG BEWERTET

Gegen Internetriesen hat es schon so mancher David versucht. Doch meistens ist es eine verlustreiche gerichtliche Schlacht. Auch ein Zahnarzt aus Bayern hat nun gegen Google vor Gericht verloren. Der Zahnarzt hatte eine Ein-Sterne-Bewertung seiner Praxis im Internet moniert und die Löschung des Eintrags verlangt. Als Begründung hatte er angegeben, dass derjenige, der den Stern vergeben hatte, kein Patient der Praxis und nicht von ihm behandelt worden sei, obwohl die Bewertung anonym vergeben worden war. Der Zahnarzt empfand den einen – schlechten – Stern als Rufschädigung. Das Augsburger Landgericht sah die Sache jedoch anders. Die Persönlichkeitsrechte des Zahnarztes seien nicht verletzt worden. Die Stern-Bewertung sei eine freie Meinungsäußerung, die durch das Grundgesetz geschützt werde. Ein Unbekannter habe ohne Kommentar eine Firma bewertet, hieß es bei Gericht. Dass es in diesem Fall eine Zahnarztpraxis treffe, sei für die Einzelfallentscheidung unerheblich.

Az. 022 O 560/17

SAS

Hier steht eine Anzeige.

Springer